

Erlass eines Gesetzes über die Kirchenregionen

Botschaft des Kirchenrates

Decret d'ina lescha da las Regiuns ecclesiasticas

Messadi dal Cussegl da baselgia

Emanazione di una legge sulle regioni ecclesiastiche

Messaggio del Consiglio ecclesiastico



Graubünden reformiert
Grischun reformà
Grigioni riformato

Beratungsgrundlage ist der Text in deutscher Sprache. Die Dreisprachigkeit beschränkt sich auf die allgemeinen einführenden Bemerkungen (I.–IV.).

Basa da discussiun è il text en linguatg tudestg. La trilinguitad sa limitescha sin ils commentaris introductivs generals (I.–IV.).

Il testo in lingua tedesca funge da base di discussione. Sono state tradotte solo le osservazioni generali nella parte introduttiva (I.–IV.).

Abkürzungsverzeichnis

EGR	Evangelischer Grosser Rat
LKV	Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche Graubünden vom 10. Juni 2018 (KGS 100)
KGS	Kirchliche Gesetzessammlung der Evangelisch-reformierten Landeskirche Graubünden

Register da las abreviazions

CGE	Cussegl grond evangelic
CBE	Constituziun da la Baselgia evangelic-refurmada dal Grischun dals 10 da zercladur 2018 (CLB 100)
CLB	Collecziun da leschas da la Baselgia evangelic-refurmada dal Grischun

Elenco delle abbreviazioni

GCE	Gran Consiglio Evangelico
CCE	Costituzione ecclesiastica della Chiesa evangelica riformata del Cantone dei Grigioni del 10 giugno 2018 (RDE 100)
RDE	Raccolta del diritto ecclesiastico della Chiesa evangelica riformata del Cantone dei Grigioni

Inhalt

I.	Das Wichtigste in Kürze	5
II.	Ausgangslage und Handlungsbedarf	5
	1. Gesellschaftliches Umfeld	5
	2. Landeskirchliche Verfassung	5
	3. Ekklesiologische Überlegungen	6
III.	Vernehmlassungsverfahren in den Kolloquien und in der Synode	7
IV.	Notwendigkeit und wichtige Eckpunkte des Erlasses	8
V.	Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen	8
VI.	Finanzielle und personelle Auswirkungen des Gesetzes	12
VII.	Weiteres Vorgehen und Inkrafttreten	13
VIII.	Anträge des Kirchenrates	13
	Gesetzestext	27

Cuntegn

I.	L'important en furma cuorta	15
II.	Situaziun da partenza e basegn d'agir	16
	1. Conturn da la societad	16
	2. Constituziun da la Baselgia chantunala	16
	3. Ponderaziuns ecclesiologicas	17
III.	Procedura da consultaziun en ils Colloquis e la Sinoda	18
IV.	Necessitad e pitgas impurtantas dal decret	19
V.–VIII.	guarda texts tudestgs	davent da pagina 8
	Text legislativ tudestg	27

Indice

I.	L'essenziale in breve	21
II.	Premessa e necessità di intervento	22
	1. Contesto sociale	22
	2. Costituzione della Chiesa cantonale	22
	3. Riflessioni ecclesiologiche	23
III.	Procedura di consultazione nei Colloqui e nel Sinodo	24
IV.	Necessità e importanti punti chiave dell'atto legislativo	25
V.–VIII.	vedi testo tedesco	da pagina 8
	Testo di legge in tedesco	27

Erlass eines Gesetzes über die Kirchenregionen

Botschaft des Kirchenrates

alle

I. Das Wichtigste in Kürze

Als eine der wesentlichen Neuerungen führt die am 1. Januar 2019 in Kraft getretene landeskirchliche Verfassung die Kirchenregionen ein (Art. 24 ff. LKV). Mit der Übergangsbestimmung in Art. 67 LKV hat der Verfassungsgeber zum Ausdruck gebracht, dass die Umwandlung der bisherigen Kolloquien in die künftigen Kirchenregionen rasch erfolgen soll und unmittelbar nach Annahme der Verfassung an die Hand zu nehmen war. Da die Verfassung den Kirchenregionen eine hohe Bedeutung zumisst, ist es aus Sicht des Kirchenrates wichtig, dass das landeskirchliche Recht eine solide Rechtsgrundlage für die künftige Ausgestaltung der Kirchenregionen vorsieht. Nur wenn das landeskirchliche Recht den Rahmen und den Gestaltungsspielraum für die Kirchenregionen klar absteckt, können die Kirchenregionen ihren Handlungsspielraum nutzen und ihre Aufgaben massgerecht definieren und zweckmässig erfüllen.

Es ist geplant, dass der Entwurf für ein Gesetz über die Kirchenregionen im Juni 2020 vom Evangelischen Grossen Rat (EGR) beraten und beschlossen wird; das Gesetz unterliegt dem fakultativen Referendum. Es soll auf den 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt werden.

Die von der Landeskirche anlässlich der Informationsveranstaltungen anfangs 2019 dargelegten Unterstützungsangebote gelten weiterhin. Zudem ist vorgesehen, bis Ende 2019 Musterstatuten für die Kirchenregionen zu erarbeiten und den Kirchenregionen zur Verfügung zu stellen.

II. Ausgangslage und Handlungsbedarf

1. GESELLSCHAFTLICHES UMFELD

Das gesellschaftliche Umfeld der Landeskirchen und der Kirchgemeinden befindet sich in einem steten Wandel. Die Gesellschaft ist insgesamt mobiler und individueller geworden. Diese Veränderungen beeinflussen auch die Kirche, da bisherige Traditionen und Angebote den heutigen Anforderungen häufig nicht mehr oder zumindest weniger entsprechen. Gleichzeitig besteht weiterhin ein Bedürfnis nach Orientierung und Spiritualität, die bisher nur teilweise abgedeckt werden konnten.

Obwohl in den letzten Jahren die Anzahl Kirchgemeinden von über 130 auf 79 gesunken ist, sind die Kirchgemeinden in Graubünden im schweizerischen Vergleich bevölkerungsmässig sehr klein. Dies bedeutet, dass die meisten Kirchgemeinden aufgrund der beschränkten finanziellen und personellen Mittel nicht für alle Mitglieder das passende Angebot anbieten können.

2. LANDESKIRCHLICHE VERFASSUNG

Um für die heutigen und künftigen Anforderungen gestärkt zu sein, hat sich der Verfassungsgeber für eine stärkere Zusammenarbeit der Kirchgemeinden in so genannten Kirchenregionen ausgesprochen. Gleichzeitig hat die neue landeskirchliche Verfassung einen (ehrgeizigen) Zeitplan für die Bildung der Kirchenregionen vorgegeben. An diese Vorgaben inhaltlicher und zeitlicher Art sind die landeskirchlichen Behörden und Organe grundsätzlich gebunden. Mit anderen Worten geht es im jetzigen Zeitpunkt nicht darum, die Weichenstellungen in der Verfassung in Frage zu stellen oder erneut zu diskutieren. Mit dem vorliegenden Gesetz soll vielmehr die Verfassung umgesetzt und präzisiert werden.

Die landeskirchliche Verfassung hält klar fest, dass die Kirchgemeinde das Zentrum des kirchlichen Lebens ist. Es wird weiterhin von den Menschen in den Kirchgemeinden gestaltet und bestimmt. Bei der Schaffung der regionalen Ebene in der Kirchenverfassung waren zwei Grundgedanken leitend, nämlich Solidarität und Chance. Zur Solidarität: Kleinere Kirchgemeinden verfügen trotz Finanzausgleich oft nicht über die nötigen Mittel und genügend Personal für das gewünschte umfassende Angebot für alle Mitglieder. Gemeinsam mit anderen Kirchgemeinden können sie es im Rahmen der Kirchenregion leisten. Zur Chance: In der Kirchenregion werden gemeinsam Projekte realisiert, Angebote lanciert oder Herausforderungen koordiniert. Welche Aufgaben regional gelöst werden sollen, ist von den Kirchgemeinden im Rahmen der Statuten der Kirchenregion festzulegen. Die regionalen Aufgaben werden folglich nicht in allen Kirchenregionen die gleichen sein. Zudem werden Aufgaben und Organisation der Kirchenregionen nicht für allemal bestimmt, sondern können in Zukunft angepasst und abgeändert werden, je nach den regionalen und lokalen Bedürfnissen.

3. EKKLESIOLOGISCHE ÜBERLEGUNGEN

Die weltweite Kirche ist das Ergebnis einer jahrhundertlangen Entwicklung. Ihren Anfang nahm sie in der Jerusalemer Urgemeinde, die nach Ostern um den Kreis der Jünger Jesu herum entstanden ist. Deren Begegnung mit dem Auferstandenen veranlasste sie, ihren Glauben an den lebendigen Christus unter die Menschen in der Welt zu bringen. Dahinter stand – und steht bis heute – die Überzeugung, dass die Menschen teilhaben sollen am Glauben an das von Gott geschenkte Leben, das der Tod nicht zunichtemachen kann. Von Anfang an hat es die Gemeinschaft der Glaubenden als ihren Auftrag verstanden, die Welt teilhaben zu lassen am Evangelium und das gesellschaftliche Zusammenleben danach zu gestalten.

So gehört es zum Wesen kirchlichen Wirkens, die Ausstrahlung des Glaubens auf dem Grund des Evangeliums zu fördern und zu unterstützen. Aus den bescheidenen Anfängen von Hausgemeinden entstanden im Laufe der Zeit örtliche (Kirch-)Gemeinden, die später in Bistümern zu grösseren Regionen zusammengefasst wurden.

Als verordnende Autoritätskirche hatte sich die Bischofs- und Papstkirche des Spätmittelalters in manchem weit von den Ursprüngen der christlichen Gemeinden entfernt. Die reformatorische Bewegung folgte dem Grundsatz, sich möglichst an den Urthaten zu orientieren. Deshalb erhielten in den evangelischen Kirchen die Gemeinden wieder stärkeres Gewicht. Besonders ausgeprägt war und ist dies in den reformierten Kirchen der Fall, die auf eine hierarchische Struktur weitgehend verzichten.

Im Rahmen der rechtsstaatlich-demokratischen Grundsätze, die die Evangelisch-reformierte Landeskirche Graubünden als öffentlich-rechtliche Körperschaft hochhält, verfügen die Kirchgemeinden über eine relativ weitgehende Autonomie. Diese können sie im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung beanspruchen.

Seit der Verabschiedung der Bündner Kirchenverfassung von 1978 haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für unsere Landeskirche und ihre Kirchgemeinden stark verändert. Das verlangt vor allem von den Kirchgemeinden Anpassungen an die gegenwärtige Situation.

Die Kirche ist noch immer eine wichtige Grösse in der Gesellschaft; ihr Wirken ist vielerorts nach wie vor gefragt. Die Erwartungen und Anforderungen allerdings, die an die Kirchgemeinden und ihre Verantwortlichen herangetragen werden, sind vielfältiger und anspruchsvoller geworden. Gerade kleinere Kirchgemeinden können mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nur beschränkt gegenüber den Herausforderungen der Gegenwart bestehen.

Vor diesem Hintergrund hat die neue Kirchenverfassung von 2018 der regionalen Zusammenarbeit stärkeres Gewicht beigemessen. Der vorliegende Entwurf des Gesetzes über die Kirchenregionen trägt sowohl dem Wesen kirchlichen Lebens und Wirkens als auch der weitgehenden Autonomie der Kirchgemeinden und dem veränderten gesellschaftlichen Umfeld Rechnung. Er geht aus von der Tatsache, dass örtliche Kirchgemeinden ihr Wirken nie ausschliesslich auf ihre mehr oder weniger engen Grenzen beschränkten. Seit langem gehören zur Realität unserer Kirchgemeinden eine Ausstrahlung über ihre Grenzen hinaus, die Verbindung mit andern Kirchgemeinden im Sinne verstärkter Wirkungs- und Entfaltungsmöglichkeiten sowie die Sorge dafür, dass die Welt der Menschen nicht nur vor Ort am Evangelium und seinen Auswirkungen teilhaben soll.

Ihr Interesse an den Menschen und ihrer Welt fordert die Kirche permanent heraus, sich auf diese Welt und die veränderten Existenzbedingungen einzulassen. Ohne sich selber aufzugeben, hat sich die Kirche mit Umstrukturierungen und Verlagerungen von Aufgaben und Tätigkeiten veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Organe, Zuständigkeiten und Kompetenzverschiebungen haben auch der Evangelisch-reformierten Landeskirche Graubünden zu verschiedenen Zeiten ihr je eigenes Gepräge verliehen. Die Bündner Kirche der Gegenwart setzt mit ihrer neuen Kirchenverfassung mehr als bisher auf das Miteinander über die Kirchgemeindengrenzen hinaus.

Das gemeinsame Zusammengehen und –stehen in der Kirchgemeinde stärkt die einzelnen Glaubenden, weil sie nicht auf sich selbst gestellt bleiben. Genauso festigt gemeinsames Wirken in der Kirchenregion im gegenwärtigen gesellschaftlichen Umfeld die Position der Kirche in der Gestalt der örtlichen Kirchgemeinde. Die regionale Zusammenarbeit in unterschiedlichen Aufgabengebieten dient der Stärkung der einzelnen Kirchgemeinden: Diese beteiligen sich einerseits an der Erfüllung regionaler Aufgaben, sind andererseits aber auch Nutzniesserinnen übergemeindlich organisierter Angebote und Dienstleistungen.

Das Gesetz über die Kirchenregionen will mit seinen wenigen und offen gehaltenen Vorgaben den Kirchgemeinden und den Kirchenregionen helfen, wo nötig, lokal zu handeln, und wo möglich, regional zu wirken, beides im Interesse der Menschen in ihrer heutigen Welt, die längst nicht mehr auf die Gemeinde vor Ort begrenzt ist.

III. Vernehmlassungsverfahren in den Kolloquien und in der Synode

Der Kirchenrat verabschiedete Ende 2018 seinen Entwurf für ein Gesetz über die Kirchenregionen zuhanden der Vernehmlassung in den Kolloquien. Dieser Entwurf sah u. a. verbindliche Bestimmungen für den Aufgabenkatalog der Regionen oder die Höhe der personellen Ressourcen vor. Insbesondere diese Bestimmungen waren in den Kolloquien sehr umstritten und wurden hinsichtlich ihrer Verfassungsmässigkeit angezweifelt. Weiter zeigten die Vernehmlassungsantworten, dass einzelne Bestimmungen aufgrund der systematischen Einordnung hinsichtlich ihrer Bedeutung falsch verstanden wurden.

Aufgrund der Rückmeldungen aus den Kolloquien überarbeitete der Kirchenrat den Gesetzesentwurf für die Vernehmlassung in der Synode. So schlug der Kirchenrat hinsichtlich der regionalen Aufgaben und der personellen Ressourcen neu eine kann-Formulierung vor. Weiter nahm er eine Zweckbestimmung auf, um den Zusammenhang mit der Regelung in der Kirchenverfassung über die Kirchenregionen zu verdeutlichen. Und schliesslich wurde die Gliederung des Erlasses überarbeitet, um die Tragweite einzelner Bestimmungen zu präzisieren. Die überarbeitete Fassung des Gesetzesentwurfes wurde

in der Synode positiv aufgenommen, lediglich in einem Punkt sprach sich die Synode für eine Anpassung aus. Für den vorliegenden Entwurf hat der Kirchenrat diese Anregung der Synode aufgenommen.

In den Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen wird – soweit erforderlich – auf die Rückmeldungen aus den Kolloquien und der Synode eingegangen.

IV. Notwendigkeit und wichtige Eckpunkte des Erlasses

Der Kirchenrat hat geprüft, ob auf ein Gesetz über die Kirchenregionen verzichtet und die Regelung den jeweiligen Regionalstatuten überlassen werden könnte. Einen solchen Ansatz erachtet der Kirchenrat jedoch nicht als zweckmässig, da so verschiedene Fragen zum Gestaltungsspielraum der Kirchgemeinden bzw. der Kirchenregionen nicht geklärt werden und so für Rechtsunsicherheit sorgen. Da die Verfassung den Kirchenregionen eine hohe Bedeutung zumisst, ist es aus Sicht des Kirchenrates wichtig, dass das landeskirchliche Recht eine solide Rechtsgrundlage für die künftige Ausgestaltung der Kirchenregionen vorsieht. Nur wenn das landeskirchliche Recht den Rahmen und den Gestaltungsspielraum für die Kirchenregionen klar absteckt, können die Kirchenregionen in den Statuten ihren Handlungsspielraum nutzen und ihre Aufgaben massgerecht definieren und zweckmässig erfüllen.

Bei der Gesetzesvorlage geht es darum, den Kirchgemeinden einen möglichst grossen Gestaltungsspielraum in Bezug auf die Aufgaben und die organisatorische Ausgestaltung der Kirchenregionen zu verschaffen. Nur mit einem Gesetz kann Rechtssicherheit geschaffen werden, beispielsweise zur möglichen Rechtsnatur der Kirchenregionen, zur Anstellung von Mitarbeitenden, zu den Minimalbestimmungen der Statuten, zur Regelung der Beschlussfassung oder zur Entschädigung innerhalb der Kirchenregionen. Schliesslich kann so die nötige Rechtsgrundlage für Beiträge der Landeskirche an die Kirchenregionen geschaffen werden.

V. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Im Folgenden werden die einzelnen Bestimmungen – soweit erforderlich – abschnittsweise erläutert.

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 Geltungsbereich

Die Bestimmung verdeutlicht den Gesetzeszweck. Der Rahmen für die Kirchenregionen ergibt sich aus Art. 24 ff. LKV. Diese Bestimmungen sollen jedoch nicht wiederholt werden.

Art. 2 Zweck

Die Regelung verdeutlicht den Zweck der Kirchenregionen gemäss Art. 25 LKV. Sie wurde aufgrund einer Rückmeldung aus den Kolloquien aufgenommen.

Art. 3 Rechtliche Stellung

Die regionale Zusammenarbeit soll möglichst erleichtert werden. Aus diesem Grund sollen die Kirchenregionen über eine (beschränkte) Rechtspersönlichkeit verfügen können. Die Kirchenregionen entscheiden in ihren Statuten, ob sie diese Möglichkeit nutzen wollen. Sehen die Statuten eine beschränkte Rechtspersönlichkeit vor, so erhält die Kir-

chenregion die rechtliche Möglichkeit, Personen anzustellen und auch andere Verträge eingehen. Ob Personen von der Kirchenregion effektiv angestellt werden, ist innerhalb der Kirchenregion zu entscheiden. Verzichtet eine Kirchenregion auf die beschränkte Rechtspersönlichkeit, so müssen Verträge etc. von allen Kirchgemeinden gemeinsam abgeschlossen werden. Die beschränkte Rechts- und Handlungsfähigkeit orientiert sich an der Regelung für die politischen Regionen oder die Stockwerkeigentümergeinschaft.

Nach Art. 11 Abs. 1 Ziff. 12 LKV ist die Kirchgemeindeversammlung zuständig für den Beschluss über die Zugehörigkeit zu einer Kirchenregion. Grundlage für diesen Beschluss bilden die Statuten, die im Sinn von Art. 67 LKV erarbeitet wurden. Mit der Zustimmung zur Zugehörigkeit zu einer Kirchenregion werden rechtlich gesehen auch die entsprechenden Statuten genehmigt.

II. AUFGABEN

Art. 4 Grundsatz

Die Bestimmung orientiert sich an der staatlichen Regelung über die Regionen. Die verschiedenen Möglichkeiten der Aufgabenerfüllung werden in Art. 6 und 7 geregelt. Abs. 2 ruft in Erinnerung, dass auch das landeskirchliche Recht (Verfassung oder Gesetz) den Kirchenregionen Aufgaben übertragen kann.

Art. 5 Regionale Aufgaben

Auf die Unterscheidung von zwingenden und möglichen Aufgaben gemäss dem ursprünglichen Vorentwurf wird aufgrund der Rückmeldungen aus den Kolloquien verzichtet. Abs. 1 präzisiert und konkretisiert Art. 25 Abs. 2 LKV. Der Wortlaut von Ziff. 3 verdeutlicht, dass neben der Koordination der kirchlichen Sozialarbeit auch ein regionales Angebot denkbar ist.

Welche Möglichkeiten der Kirchenregion zur Erfüllung ihrer Aufgaben offenstehen, ergibt sich aus Art. 6. Die personellen Ressourcen werden in Art. 13 geregelt.

Art. 6 Aufgabenübertragung

Die Regelung orientiert sich am staatlichen Recht für die politischen Regionen. Auf den zusätzlichen Abschluss einer Leistungsvereinbarung soll jedoch verzichtet werden, da sonst für jede Aufgabenübertragung zwei separate Beschlüsse – i.d.R. durch die Kirchgemeindeversammlung – erforderlich sind. Diese Doppelspurigkeit erscheint für den kirchlichen Bereich nicht erforderlich.

In einzelnen Kirchenregionen kann es zweckmässig sein, dass die mitgliederstärkste Kirchgemeinde einzelne Aufgaben für die Kirchenregion erbringt (in der Regel gegen eine entsprechende Entschädigung); Abs. 2 schafft diese Möglichkeit. Einzelne Aufgaben sollen – je nach Grösse der Kirchenregion – auch in Subregionen erfüllt werden können (Abs. 3).

Art. 7 Zusammenarbeit mit anderen Kirchenregionen

Je nach Ausgestaltung kann es zweckmässig sein, dass benachbarte Kirchenregionen für einzelne Aufgaben zusammenspannen. Die Bestimmung ermöglicht verschiedene Ansätze der überregionalen Zusammenarbeit und orientiert sich an der staatlichen Regelung für die politischen Regionen.

III. ORGANISATION

Art. 8 Organe

Abs. 1 ergibt sich schon aus Art. 24 Abs. 2 LKV. Eine Wiederholung ist mit Blick auf Abs. 2 sachgerecht. Die dortige Aufzählung ist nicht abschliessend. Die Schaffung weiterer Organe soll jedoch nur vorgesehen werden, wenn dies mit Blick auf eine gute Aufgabenerfüllung zweckmässig ist.

Gemäss der landeskirchlichen Verfassung ist die regionale Pastoralkonferenz kein Organ bzw. keine Behörde der Kirchenregion (vgl. Art 43 Abs. 2 LKV).

Art. 9 Statuten

Die Bestimmung orientiert sich an jenen des kantonalen Rechts für die interkommunale Zusammenarbeit. Es ist geplant, voraussichtlich bis Ende 2019 Musterstatuten für die Kirchenregionen zur Verfügung zu stellen. Diese sind jedoch an die regionalen Gegebenheiten anzupassen.

Aufgrund der Rückmeldungen aus den Kolloquien wird auf die Bezeichnung eines Sitzes verzichtet (Ziff. 2); die Regelung ist nicht erforderlich, da sie nur für die Bestimmung des Gerichtsstandes relevant wäre. Für innerkirchliche Streitigkeiten ist in jedem Fall die landeskirchliche Rekurskommission zuständig. Das Bestimmen des zuständigen (staatlichen) Regionalgerichts für allfällige zivilrechtliche Klagen gegen die Kirchenregion dürfte in der Praxis keine Probleme verursachen.

Zu den Mitwirkungsrechten nach Ziff. 5 gehören u. a. das Initiativrecht (der Kirchgemeinde und/oder stimmberechtigte Mitglieder der Kirchgemeinden) sowie das Referendumsrecht (insbesondere für Ausgabenbeschlüsse).

Abs. 3 regelt die Zustimmungserfordernisse für die Annahme bzw. die Änderung der Statuten sowie für andere Abstimmungen in der Kirchenregion.

Art. 10 Beschlussfassung

Abs. 1 verdeutlicht Art. 54 LKV. Die Bestimmung orientiert sich an der staatlichen Regelung für die politischen Regionen.

Art. 11 Archiv

Die Bestimmung wurde im Vergleich zum ersten Entwurf hierher verschoben, da sie systematisch besser zur Organisation passt. Die landeskirchliche Archivierungspflicht gilt selbstverständlich auch für die Kirchenregionen. Die einheitliche Regelung der Archivierungspflicht soll durch Verweis und nicht einer Wiederholung erreicht werden.

IV. FINANZIERUNG UND PERSONELLE RESSOURCEN

Art. 12 Entschädigung

Die Regelung orientiert sich am geltenden Recht für die Kolloquien. Die Höhe des Taggeldes und der Spesenentschädigung soll nicht im Gesetz erfolgen, sondern in einer kirchenrätlichen Verordnung. Die Höhe wird sich an den bisherigen Regelungen orientieren. Da die einzelnen Kirchenregionen unterschiedliche Aufgaben haben werden, wird es keine landeskirchliche Regelung zur Pauschalentschädigung geben, höchstens einen Rahmen.

Art. 13 Personelle Ressourcen

Abs. 1 trägt dem Umstand Rechnung, dass die bisherige Bemessung der Pfarrstellenprozente bereits einen Anteil an regionalen Aufgaben enthielt. Künftig soll es möglich sein, für regionale Aufgaben die entsprechenden Ressourcen auf Antrag direkt der Kirchenregion zuzuteilen und nicht einer Kirchgemeinde (Abs. 2). Die Bestimmung wurde aufgrund der Vernehmlassung in der Synode angepasst.

Art. 14 Finanzierung

Die Regelung orientiert sich am geltenden Recht. Wie bisher die Kolloquien sollen auch die Kirchenregionen in erster Linie durch die Kirchgemeinden finanziert werden. Es ist geplant, dass sich die Landeskirche im gleichen Umfang wie bisher an der Finanzierung der regionalen Ebene beteiligen wird. Dabei stehen v.a. pauschale Beiträge zur Diskussion.

Art. 15 Rechnungslegung und Berichterstattung

Abs. 1 orientiert sich an der staatlichen Regelung für die politischen Regionen. Abs. 2 erklärt das landeskirchliche Finanzhaushaltsrecht – analog zu den Kirchgemeinden – für anwendbar.

V. AUFSICHT

Art. 16 Grundsatz

Die Bestimmung entspricht der Regelung in der Kirchenverfassung. Die Aufsicht des Kirchenrates bezieht sich auf die Tätigkeit der Kirchenregion und nicht über einzelne Pfarrpersonen.

Art. 17 Jahresrechnung und Geschäftsbericht

Die Bestimmung nimmt Bezug auf Art. 24 der Ausführungsbestimmungen für Kirchgemeinden zur Finanzhaushaltsverordnung (vgl. auch Art. 15 Abs. 2 des Entwurfs).

Art. 18 Beitrittsverfügung

Im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf des Kirchenrates wurde die Bestimmung hierher verschoben, da sie systematisch eher zur Aufsicht als zu den allgemeinen Bestimmungen gehört. Die Regelung orientiert sich an jener für die interkommunale Zusammenarbeit auf politischer Ebene. Der Kirchenrat soll die Möglichkeit haben, den Beitritt einzelner Kirchgemeinden zu einer Kirchenregion ausnahmsweise zu verfügen, damit die Kirchenregion ihre Aufgaben erfüllen kann. Der Entscheid des Kirchenrates kann bei der Rekurskommission angefochten werden. Die Zulässigkeit der Regelung ergibt sich aus den Genehmigungs- und Aufsichtsbefugnissen des Kirchenrates gemäss Kirchenverfassung.

VI. SCHLUSS- UND ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Art. 19 Übergangsbestimmungen

Die Regelung orientiert sich an den vom Kanton erlassenen Bestimmungen bei der Auflösung der Kreise und Bezirke und der Schaffung der Regionen. Auf die dort vorgenommene Unterscheidung zwischen für die Aufgabenerfüllung notwendigen Aktiven und andere Aktiven kann verzichtet werden, da die Vermögenswerte des Kolloquiums immer im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung stehen. Aus diesem Grund macht eine Vermögenszuweisung an die Kirchgemeinden keinen Sinn.

Art. 20 Aufhebungen und Änderungen des bisherigen Rechts

Die Aufhebung der bisherigen Verordnung Nr. 310 soll direkt im Rahmen des Gesetzes beschlossen werden. So erübrigt sich ein separater Beschluss des EGR, was streng formalistisch der «richtigere» Weg wäre. Die Aufhebung des Reglements Nr. 331 liegt in der Zuständigkeit des Kirchenrates auf erfolgt separat.

Bei den Änderungen geht es namentlich darum, in den vom EGR beschlossenen Erlassen den Begriff «Kolloquium» durch jenen der «Kirchenregion» zu ersetzen (soweit dies sachgerecht ist). Die Regelung soll in einem Anhang erfolgen, damit diese übergangsrechtlichen Bestimmungen, die mit der Anpassung des geltenden Rechts ihre Bedeutung verlieren, nicht in der landeskirchlichen Rechtssammlung aufgeführt werden. Das Vorgehen entspricht jenem des Kantons.

Art. 21 Referendum und Inkrafttreten

Die Regelung entspricht der beim Kanton üblichen. Dass landeskirchliche Gesetze dem fakultativen Referendum unterliegen, ergibt sich aus Art. 37 Ziff. 2 LKV. Das Verfahren (amtliche Veröffentlichung etc.) wird analog zum staatlichen Vorgehen ablaufen.

VI. Finanzielle und personelle Auswirkungen des Gesetzes

Der Anstoss zu einer grösseren regionalen Zusammenarbeit ergibt sich aus der neuen landeskirchlichen Verfassung. Der Grundgedanke dieser Neuerung besteht darin, die bestehenden personellen Ressourcen zu bündeln und durch verstärkte Zusammenarbeit Synergien zu schaffen, welche für neue Angebote des kirchlichen Lebens genutzt werden können. Dies bedeutet also, dass durch eine bessere regionale Nutzung der bisherigen Mittel ein Mehrwert für die Mitglieder in den Kirchgemeinden geschaffen werden kann. Da das Gesetz im Wesentlichen Möglichkeiten für die regionale Zusammenarbeit eröffnet, ohne zwingende Vorgaben zu machen, hat das Gesetz als solches keine direkten finanziellen und personellen Auswirkungen für die Landeskirche bzw. ihre Kirchgemeinden.

Je nach Umfang und Ausgestaltung des regionalen Angebots für das kirchliche Leben kann der Zeitaufwand für den Regionalvorstand und allenfalls für die Regionalversammlung höher liegen als bisher. Aufgrund der unterschiedlichen Tiefe und Intensität der regionalen Zusammenarbeit in den einzelnen Gebieten im Kanton wird wohl nur in einzelnen Kirchenregionen ein höherer Aufwand entstehen. Der Kirchenrat geht davon aus, dass ein allfälliger Mehraufwand in den Kirchenregionen für die Kirchgemeinden mit Blick auf die bisherigen Beiträge nicht zu erheblichen Zusatzkosten führen dürfte.

Die Landeskirche zahlt bislang klar definierte Beiträge an die Entschädigung von Präsidium, Aktuariat und Rechnungswesen der Kolloquien (insgesamt 2'000 Franken pro Kolloquium). Zudem übernimmt die Landeskirche die Taggelder und Spesen der EGR-Mitglieder, die nicht Vertreter/-innen der Kirchgemeinde sind. Für die Aufbauphase der Kirchenregionen hat der EGR einer Verdoppelung der Beiträge an die Kolloquien zugestimmt, wobei die Verteilung der zusätzlichen Beiträge den Kolloquien überlassen wurde. Weiter hat der EGR im Budget Mittel bereitgestellt, um den Aufbau der Kirchenregionen durch zusätzliche Beiträge im Einzelfall zu unterstützen.

Der Wechsel von den bisherigen Kolloquien zu den Kirchenregionen stellt keine «Sparübung» dar; entsprechend sollen die Kirchenregionen mindestens im bisherigen Umfang Beiträge von der Landeskirche erhalten. Aufgrund des zu erwartenden unterschiedlichen Aufwands in den Kirchenregionen beabsichtigt der Kirchenrat, den Kirchenregionen einerseits einen nichtzweckgebundenen Pauschalbeitrag zu bezahlen, der in der Regel den bisherigen Beiträgen der Landeskirche entsprechen dürfte. Weiter soll der Kirchenrat im Rahmen der budgetierten Mittel auf Gesuch zusätzliche Beiträge für besondere Projekte oder zusätzlichen Aufwand der regionalen Zusammenarbeit leisten können.

VII. Weiteres Vorgehen und Inkrafttreten

Es ist geplant, dass der Entwurf für ein Gesetz über die Kirchenregionen im Juni 2020 vom Evangelischen Grossen Rat (EGR) beraten und beschlossen wird; das Gesetz unterliegt dem fakultativen Referendum. Es soll nach dem unbenutzten Ablauf der Referendumsfrist bzw. nach Annahme in der Volksabstimmung vom Kirchenrat auf den 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt werden.

Die von der Landeskirche anlässlich der Informationsveranstaltungen anfangs 2019 dargelegten Unterstützungsangebote gelten weiterhin. Zudem ist vorgesehen, voraussichtlich bis Ende 2019 Musterstatuten für die Kirchenregionen zu erarbeiten und den Kirchenregionen bzw. den Kirchgemeinden zur Verfügung zu stellen.

VIII. Anträge des Kirchenrates

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Kirchenrat dem Evangelischen Grossen Rat:

1. Auf die Vorlage einzutreten und
2. dem Erlass des Gesetzes über die Kirchenregionen – unter Vorbehalt des fakultativen Referendums – zuzustimmen.

Decret d'ina lescha da las Regiuns ecclesiasticas

Messadi dal Cussegl da baselgia

reg

I. L'important en furma cuorta

Sco ina novaziun essenziala introducescha la Constituziun da la baselgia chantunala, entrada en vigur ils 1. da schaner 2019, las Regiuns ecclesiasticas (art. 24 ct. CBE). Cun las disposiziuns transitoricas ha l'incumbensader constitutiv manifestà che la midada dals Colloquis d'enfin quà en las futuras Regiuns ecclesiasticas duai succeder svelt, las preparativas duajan entschaiver immediat suenter l'approvaziun da la Constituziun. La Constituziun attribuescha ina gronda impurtanza a las Regiuns ecclesiasticas. Or da vista dal Cussegl da baselgia èsi perquai impurtant ch'il dretg da la Baselia chantunala prevesa ina basa legala solida per formar quellas. Las Regiuns ecclesiasticas pon trair a niz lur spazi concepziunal, definir da maniera adequata lur incumbensas sco era ademplir quellas conform a l'intent be sch'il dretg da la Baselia chantunala cunfinescha cleramain la rama d'acziun.

Igl è planisà ch'il Cussegl grond evangelic (CGE) discutescha e decida l'onn 2020 il sboz per ina lescha da las Regiuns ecclesiasticas; quella lescha è suttamessa al referendum facultativ e duai entrar en vigur ils 1. da schaner 2021.

Las purschidas da sustegn che la Baselia chantunala aveva offerì a chaschun da las occurrenz d'infurmaziun da l'entschatta dal 2019 valan vinavant. En pli èsi planisà d'elavurar e metter a disposziun a las Regiuns ecclesiasticas enfin la fin dal 2019 statuts da model.

II. Situaziun da partenza e basegn d'agir

1. CONTURN DA LA SOCIETAD

Il conturn da la societad da las Baselgias chantunalas e da las plaivs è en ina fasa da midadas cuntinuadas. La societad è generalmain vegnida pli movibla ed individuala. Questas midadas influenzeschan er la Baselgia, pertge las tradiziuns e las purschidas d'enfin quà na correspundan savens betg pli, u almain damain, a las pretensiuns odiernas. En il medem mument datti vinavant in basegn per orientaziun e spiritualità, quai ch'ins ha pudì cuvrir enfin quà be parzialmain.

Malgrà ch'il dumber da plaivs è sa reduci ils davos onns da pli che 130 giu sin 79, èn las plaivs dal Grischun, pertutgand la populaziun, fitg pitschnas en la cumparegliaziun svizra. Quai munta che la plipart da las plaivs na pon betg offerir als commembers, pervi dals meds limitads da finanzas e personal, la purschida adattada e giavischada.

2. CONSTITUZIUN DA LA BASELGIA CHANTUNALA

Per esser rinforzà per las pretensiuns odiernas e futuras è l'incumbensader legal s'exprimi per ina collavuraziun pli stretga da las plaivs entaifer uschè numnadas Regiuns ecclesiasticas. En il medem mument ha la nova constituziun da la Baselgia chantunala determinà in plan da terminis (ambizius) per furmar talas Regiuns ecclesiasticas. A questas prescripziuns pertutgand cuntegn e temp èn las autoritads ed ils organs da la Baselgia chantunala da principi liads. Cun auters plets na vai per il ument betg da metter en dumonda u da puspè discutir ils pass decisivs en la Constituziun. Il cuntrari: cun la lescha preschenta vulan ins realisar e precisar quella.

La Constituziun da la Baselgia chantunala fixescha cleramain che la plaiv è il center da la vita ecclesiastica. Quella vegn furmada e decidida vinavant dals umans. Duas ponderaziuns han manà a la conclusiun da stgaffir in plaun regiunal en la constituziun, numnadamain la solidaritad e la schanza. Pertutgand la solidaritad: Pitschnas plaivs n'han savens betg, malgrà la gulivaziun da finanzas, ils meds necessaris ed avunda personal per ina purschida cumplessiva giavischada per tut ses commembers. Ensemen cun autras plaivs pon els prestar ils servetschs en connex cun la Regiun ecclesiastica. Pertutgand la schanza: En la Regiun ecclesiastica pon ins realisar da cuminanza projects, instradar offertas u coordinar sfidas ch'i dat. Tge incumbensas ch'ins duai schliar sin plaun regiunal han las plaivs da decider tenor las normas dals statuts da la Regiun ecclesiastica. Per consequenza na vegnan tuttas Regiuns ecclesiasticas ad avair las medemas incumbensas regionalas. Vinavant na vegnan incumbensas ed organisaziun da las Regiuns ecclesiasticas betg decididas per adina. En il futur duajan ins pudair adattar e midar ellas, gist tenor ils basegns regional e locals.

3. PONDERAZIUNS ECCLESIOLOGICAS

La Baselgia mundiala sa resulta d'in svilup da blers tschantaners. Ella ha cumenzà en la cuminanza oriunda da Jerusalem ch'è sa furmada suenter Pasca enturn la gruppa dals giuvnals da Jesus. L'entupada cun il Resuscità ha intimà ella da purtar als umans ora en il mund lur cardientscha vi dal Cristus vivent. Là davos è stada – e stà enfin oz – la persvasiun ch'ìls umans duajan sa participar a la cardientscha per la vita, regalada da Dieu che la mort na po betg destruir. Da l'entschatta davent ha la cuminanza dals cartents chapì sco sia incumbensa da laschar participar il mund a l'Evangelì e da concepì latiers la cuminanza da la societad.

Uschia tutgi tar il caracter da l'operar ecclesiastic da promover e sustegnair l'irradiaziun da la cardientscha sa fundond sin l'Evangelì. D'ina entschatta cun simplas cuminanzas da chasa èn sa sviluppadas en il decurs dal temp cuminanzas u plaivs localas, quellas han ins reuni pli tard en pli grondas regiuns en furma da diocesas.

Sco Baselgia autoritara decretada era la Baselgia uestgìeua e papala dal Tard medieval s'allontanada en blers regard da l'origin da las cuminanzas cristianas. Il moviment reformatoric è suandà il principi da s'orientar tant sco pussaivel als fatgs oriunds. Perquai han las cuminanzas en las Baselgias evangelicas survegni puspè pli ferma paisa. Spezialmain marcant è quai stà – ed è anc adina – en las Baselgias reformadas nua ch'ins ha desisti per gronda part d'ina structura ierarchica.

Ils principis dal dretg statal democratic accentueschan la Baselgia evangelic-reformada dal Grischun sco corporaziun dal dretg public. Per quest motiv disponan las plaivs d'ina autonomia relativamain vasta ch'ellas pon far valair en connex cun la legislaziun surordinada.

Dapi l'approvaziun da la Constituziun da la Baselgia grischuna l'onn 1978 èn las cundiziuns generalas da la societad sa midadas fermamain per nossa Baselgia chantunala e sias plaivs. Quai pretenda oravant tut che las plaivs s'adatteschan a la situaziun actuala.

La Baselgia è anc adina ina impurtanta pitga da la societad; en blers lieus è ses operar anc adina dumandà. Las aspectativas e las pretensiuns envers las plaivs e lur personas responsablas èn dentant vegnidas pli vastas e complexas. Envers las sfidas actualas pon gist plaivs pli pitschnas exister mo da maniera limitada cun las pussaivladads ch'ellas han a disposiziun.

Cun questas premissas dat la Constituziun nova dal 2018 dapli paisa a la collavuraziun regiunala. Il sboz preschent da la lescha da las Regiuns ecclesiasticas tegn quint tant dal caracter e da las activitads da la vita ecclesiastica sco er da la gronda autonomia da las plaivs e dal conturn social transfurmà. El parta dal fatg che las plaivs localas limiteschan lur lavur mai exclusivamain sin cunfins pli u mains stretgs. Dapi ditg è l'irradiaziun sur ils agens cunfins ina realitad. Ulteriuras realitads èn la colliaziun cun autras plaivs, en il senn da rinforzar las pussaivladads da lavurar e sa sviluppar, sco er il quità ch'il mund dals umans na duai betg sa participar a l'Evangelì e sias consequenzas mo localas.

Ses interess per ils umans e lur mund provotgescha permanentamein la Baselgia da sa laschar involver en quest mund cun las cundiziuns d'existenza sa midadas. Senza dar si sasezza è ella s'adattada, cun tuttas restructuraziuns e transferiments dad incumbensas

ed activitads, a las cundiziuns generalas da la societad. Organs, respunsablads e transferiments da competenzas han dà er a la Baselgia evangelic-refurmada dal Grischun da tut ils taups l'agen caracter ch'ella ha adina gi. Cun sia nova Constituziun metta la Baselgia grischuna dal temp preschent dapli pais ch'enfin quà a la convivenza sur ils cunfins da las plaivs.

La via cuminaivla e l'esser ensemen en la plaiv rinforzan ils singuls cartents, perquai ch'els na sa sentan e restan betg sulets. En quest conturn actual da la societad rinforza l'agir cuminaivel entaifer las Regiuns ecclesiasticas exact tuttina la posiziun da la Baselgia en furma da la plaiv locala. La collavuraziun regiunala en divers secturs duai rinforzar las singulas plaivs: Quellas sa participeschan d'ina vart a l'execuziun d'incumbensas regiunalas. Da l'autra profiteschan ellas dentant era d'offertas e servetschs organisads sur ils cunfins da la plaiv.

Cun sias paucas reglas, definidas da maniera averta, vul la lescha da las Regiuns ecclesiasticas gidar las plaivs e las Regiuns ecclesiasticas d'agir a moda locala, nua ch'igl è necessari, e da lavurar a moda regiunala, nua ch'igl è pussaivel. Omadus duai succeder en l'interess dals umans, en lur mund odiern che n'è dadi betg pli limità sin la plaiv locala.

III. Procedura da consultaziun en ils Colloquis e la Sinoda

La fin dal 2018 ha il Cussegl approvà ses sboz per ina lescha da las Regiuns ecclesiasticas per mauns da la consultaziun en ils Colloquis. Quel aveva prevì tranter auter disposiziuns obligantas per il catalog da las incumbensas da las Regiuns u il dumber da las resursas persunalas. Cunzunt questas disposiziuns èn stadas fitg en discussiun en ils Colloquis ed ins ha mess en dubi ellas pertutgand lur legitimitad constituziunala. Vinavant han las respostas da la consultaziun mussà ch'ins ha malchapi singulas determinaziuns en connex cun lur muntada.

Sin basa da las reacziuns or dals Colloquis ha il Cussegl da baselgia surlavurà il sboz per la consultaziun en la Sinoda. Uschia ha il Cussegl da baselgia proponì da nov, en connex cun las incumbensas regiunalas e las resursas persunalas, ina formulaziun «po» empè «sto». Per precisar la colliaziun cun la regulaziun en la Constituziun pertutgand las Regiuns ecclesiasticas ha el plinavant recepì ina determinaziun da l'intenziun. E per declerar las consequenzas da singulas determinaziuns, han ins la finala surlavurà la structura dal decret. La versiun surlavurada ha la Sinoda acceptà da maniera positiva, sulettamain in punct ha ella giavischà d'adattar. Il Cussegl da baselgia ha integrà quel en il sboz preschent.

En ils commentaris da las singulas determinaziuns vegn uschenavant che quai è necessari entrà en las respostas dals Colloquis e da la Sinoda.

IV. Necessitad e pitgas impurtantas dal decret

Il Cussegl da baselgia ha examinà sch'ins pudess desister d'ina lescha da las Regiuns ecclesiasticas e surlaschar la regulaziun als statuts regiunals existents. Ina tala proposta na considerescha il Cussegl da baselgia dentant betg sco adattà. Pertge uschia na pudessan ins betg sclerir differentas dumondas pertutgand la libertad d'agir da las plaivs resp. da las Regiuns ecclesiasticas ed ins chaschunass ina malsegirezza giuridica. La Constituziun attribuescha a las Regiuns ecclesiasticas ina gronda muntada. Or da vista dal Cussegl da baselgia èsi perquai impurtant che la legislaziun da la Baselgia chantunala prevesa ina basa legala solida per concepir las futuras Regiuns ecclesiasticas. Sulettamain sch'il dretg da la Baselgia chantunala cunfinescha cleramain il rom ed il spazi concepziun per las Regiuns ecclesiasticas, pon quellas trair a niz en ils statuts lur spazi concepziun ed ademplir lur incumbensas sin mesira ed a moda pratica.

Il project da la lescha vul procurar per las plaivs in spazi concepziun uschè grond sco pussaivel en connex cun las incumbensas e la concepziun organisatorica da las Regiuns ecclesiasticas. Sulettamain cun ina lescha pon ins stgaffir la segirtad giuridica, per exempel pertutgand il caracter giuridic da las Regiuns ecclesiasticas tar l'engaschament da persunal, tar las disposiziuns minimalas dals statuts, tar la regulaziun dals conclus u tar l'indemnisaziun entaifer las Regiuns ecclesiasticas. La finala pon ins uschia stgaffir la basa legala necessaria per contribuziuns da la Baselgia chantunala a las Regiuns ecclesiasticas.

Emanazione di una legge sulle regioni ecclesiastiche

Messaggio del Consiglio ecclesiastico

The image features a large, stylized white graphic of the letters 'it' on a grey background. The 'i' is a simple vertical bar with a solid circle above it. The 't' is a vertical bar with a horizontal top bar that has a slight curve on its right side.

I. L'essenziale in breve

Tra le novità sostanziali, la Costituzione della Chiesa cantonale entrata in vigore il 1° gennaio 2019 prevede l'introduzione di regioni ecclesiastiche (art. 24 segg. Cost. CC). Con la disposizione transitoria dell'art. 67 Cost. CC, il legislatore ha stabilito che la trasformazione dei Colloqui del diritto precedente nelle future regioni ecclesiastiche deve avvenire rapidamente e la questione va affrontata subito dopo l'approvazione della Costituzione. Poiché la Costituzione attribuisce grande importanza alle regioni ecclesiastiche, per il Consiglio ecclesiastico è importante che il diritto della Chiesa cantonale preveda una solida base giuridica per la futura organizzazione delle regioni ecclesiastiche. Solo se il diritto della Chiesa cantonale delimita chiaramente il quadro e il potere discrezionale delle regioni ecclesiastiche queste ultime potranno sfruttare il proprio margine di manovra, definire i compiti in modo mirato e procedere al loro adeguato adempimento.

Si prevede che il progetto per una legge sulle regioni ecclesiastiche venga discusso e deciso dal Gran Consiglio Evangelico (GCE) nel giugno 2020. La legge è assoggettata al referendum facoltativo. L'entrata in vigore è prevista per il 1° gennaio 2021.

Le offerte di sostegno presentate dalla Chiesa cantonale in occasione degli incontri informativi svolti a inizio 2019 hanno tuttora validità. Inoltre, entro la fine del 2019 è prevista l'elaborazione e la messa a disposizione di statuti modello per le regioni ecclesiastiche.

II. Premessa e necessità di intervento

1. CONTESTO SOCIALE

Il contesto sociale delle Chiese cantonali e delle Comunità è in costante mutamento. In generale la società è diventata più mobile e individuale. Questi cambiamenti hanno un influsso anche sulla Chiesa, poiché le tradizioni e le offerte esistenti spesso non corrispondono più o corrispondono meno alle esigenze odierne. Al contempo vi è ancora bisogno di orientamento e spiritualità, fattori che finora è stato possibile soddisfare solo in parte.

Sebbene negli ultimi anni il numero di Comunità sia diminuito da oltre 130 a 79, nel confronto nazionale le Comunità dei Grigioni sono molto piccole in termini di popolazione. Questo significa che, a causa dei limitati mezzi finanziari e di personale, la maggior parte delle Comunità non può offrire un'offerta adeguata a tutti i membri.

2. COSTITUZIONE DELLA CHIESA CANTONALE

Per essere in grado di affrontare le esigenze odierne e future, il legislatore si è espresso a favore di una maggiore collaborazione delle Comunità in cosiddette regioni ecclesiastiche. Al contempo la nuova Costituzione della Chiesa cantonale ha fissato uno scadenziario (ambizioso) per la creazione delle regioni ecclesiastiche. Di principio, le autorità e gli organi della Chiesa cantonale sono vincolati a queste prescrizioni in termini di contenuto e di tempo. In altre parole, al momento non si tratta di mettere in dubbio o di discutere nuovamente le scelte operate nella Costituzione. Con la presente legge si mira piuttosto ad attuare e a precisare la Costituzione.

La Costituzione della Chiesa cantonale sancisce chiaramente che la Comunità è il centro della vita ecclesiastica. Quest'ultima sarà organizzata e determinata anche in futuro dalle persone nelle Comunità. Per la creazione del livello regionale nella Costituzione ecclesiastica sono stati sostanziali due pensieri di fondo, ovvero solidarietà e opportunità. Solidarietà: nonostante possano contare sui contributi di perequazione, spesso le Comunità più piccole non dispongono dei mezzi necessari e di sufficiente personale per proporre l'ampia offerta auspicata per tutti i membri. Collaborando insieme ad altre Comunità possono invece riuscirci nel quadro di una regione ecclesiastica. Opportunità: nella regione ecclesiastica vengono realizzati dei progetti comuni, lanciate delle offerte o coordinate delle sfide. Le Comunità devono determinare negli statuti della regione ecclesiastica quali compiti vanno svolti a livello regionale. Di conseguenza, i compiti regionali non saranno gli stessi in tutte le regioni ecclesiastiche. Inoltre, compiti e organizzazione delle regioni ecclesiastiche non saranno determinati per sempre, in futuro potranno bensì essere adeguati e modificati a seconda delle necessità regionali e locali.

3. RIFLESSIONI ECCLESIOLOGICHE

La chiesa mondiale è il risultato di uno sviluppo durato secoli. Ebbe inizio con la Chiesa primitiva di Gerusalemme, che si formò dopo la Pasqua attorno alla cerchia dei discepoli di Gesù. Il loro incontro con il Risorto li spinse a portare la loro fede nel Cristo vivente tra i popoli del mondo. Alla base di questa decisione vi era – e vi è tuttora – la convinzione che le persone dovrebbero partecipare alla fede nella vita donata da Dio, che la morte non può distruggere. Fin dall'inizio, la missione della comunità dei credenti è stata quella di far partecipare il mondo al Vangelo e di organizzare la convivenza sociale in base al suo esempio.

Rientra ad esempio nella natura dell'attività ecclesiastica promuovere e sostenere la diffusione della fede sulla base del Vangelo. Nel corso del tempo, i modesti inizi delle chiese domestiche si sono sviluppati in comunità (ecclesiastiche), che in seguito sono state riunite nelle diocesi fino a creare regioni più grandi.

Come chiesa autoritativa, la chiesa vescovile e papale del Tardo Medioevo si era per molti versi allontanata dalle origini delle comunità cristiane. Il movimento di Riforma seguì il principio di orientarsi il più possibile ai fatti originali. Per questo motivo nelle chiese evangeliche le Comunità ottennero di nuovo un'importanza maggiore. Ciò era ed è particolarmente evidente nelle chiese riformate, che rinunciano in gran parte a una struttura gerarchica.

In veste di ente di diritto pubblico, la Chiesa evangelica riformata grigionese rispetta i principi democratici dello stato di diritto, per questa ragione le Comunità godono di un'autonomia relativamente ampia. Esse possono rivendicare tale autonomia nel quadro della legislazione di rango superiore.

Dall'adozione della Costituzione ecclesiastica grigionese del 1978, le condizioni quadro sociali per la nostra Chiesa cantonale e per le Comunità sono molto mutate. Questo implica soprattutto che le Comunità procedano a degli adeguamenti alla situazione attuale.

La Chiesa rimane un fattore importante nella società, in molti luoghi il suo lavoro è tuttora richiesto. Le aspettative e i requisiti posti alle Comunità e ai loro responsabili sono tuttavia più diversificati e impegnativi. Con le possibilità a disposizione, proprio le Comunità più piccole sono in grado di affrontare solo in modo limitato le sfide odierne.

In questo contesto, la nuova Costituzione ecclesiastica del 2018 ha conferito maggiore importanza alla collaborazione regionale. Il presente progetto di legge sulle regioni ecclesiastiche tiene conto sia della natura della vita e del lavoro ecclesiastici, sia dell'ampia autonomia delle Comunità e del mutato ambiente sociale. Parte dal presupposto che le Comunità locali non hanno mai limitato il proprio lavoro esclusivamente ai loro confini più o meno stretti. Da tempo nella realtà delle nostre Comunità rientrano un influsso oltre i loro confini, il collegamento con altre Comunità al fine di ottenere maggiori possibilità di influenza e di sviluppo, così come la preoccupazione che il mondo degli uomini non deve partecipare al Vangelo e ai suoi effetti solo a livello locale.

Il loro interesse alle persone e al loro mondo è una sfida permanente per la Chiesa a entrare in questo mondo e ad accettare le mutate condizioni di esistenza. Rimanendo fedele a se stessa, la Chiesa si è adattata alle mutate condizioni quadro sociali procedendo a ristrutturazioni e trasferendo compiti e attività. Organi, competenze e trasferimenti di competenze hanno anche conferito alla Chiesa evangelica riformata dei Grigioni il proprio carattere in periodi diversi. Con la nuova Costituzione ecclesiastica, la Chiesa grigionese del presente pone molto di più l'accento sulla convivenza oltre i confini delle Comunità.

Andare insieme e stare insieme nella Comunità rafforza i singoli credenti, poiché non devono affrontare le difficoltà da soli. Allo stesso modo, nell'attuale contesto sociale l'attività comune in seno alla regione ecclesiastica rafforza la posizione della Chiesa nella forma di Comunità locale. La collaborazione regionale in diversi ambiti giova al rafforzamento delle singole Comunità: da un lato queste ultime partecipano all'adempimento dei compiti regionali, dall'altro beneficiano però anche di offerte e servizi intercomunitari.

Con le sue poche prescrizioni mantenute aperte, la legge sulle regioni ecclesiastiche vuole aiutare le Comunità e le regioni ecclesiastiche ad agire, dove necessario, a livello locale e, dove possibile, a lavorare a livello regionale, nell'interesse delle persone nel mondo di oggi, che da tempo ha cessato di essere limitato alla comunità locale.

III. Procedura di consultazione nei Colloqui e nel Sinodo

Alla fine del 2018, il Consiglio ecclesiastico ha presentato ai Colloqui il progetto di una legge sulle regioni ecclesiastiche per svolgere la procedura di consultazione. Il progetto prevedeva tra le altre cose disposizioni vincolanti per il catalogo dei compiti delle regioni oppure per il numero dei collaboratori. In particolare, tali disposizioni sono state oggetto di molte discussioni nei Colloqui e sono state messe in dubbio per quanto riguarda la loro costituzionalità. Inoltre, dalle risposte alla consultazione è emerso che il significato di singole disposizioni è stato frainteso a causa della loro classificazione sistematica.

A seguito dei riscontri dai Colloqui, il Consiglio ecclesiastico ha rielaborato il progetto di legge per la consultazione in seno al Sinodo. A titolo di novità, il Consiglio ecclesiastico ha ad esempio proposto una formulazione potestativa per quanto riguarda i compiti regionali e le risorse di personale. Ha inoltre inserito una finalità per chiarire il collegamento con la regolamentazione nella Costituzione ecclesiastica relativa alle regioni ecclesiastiche. È stata infine rielaborata la struttura dell'atto normativo per chiarire la portata di singole disposizioni. La versione rielaborata del disegno di legge è stata accolta favorevolmente dal Sinodo, che si è espresso a favore di un adeguamento in un solo punto. Per il presente progetto il Consiglio ecclesiastico ha accolto il suggerimento del Sinodo.

Dove necessario, nelle spiegazioni relative alle singole disposizioni si rimanda ai riscontri dai Colloqui e dal Sinodo.

IV. Necessità e importanti punti chiave dell'atto legislativo

Il Consiglio ecclesiastico ha esaminato se sarebbe possibile rinunciare a una legge sulle regioni ecclesiastiche e disciplinare la regolamentazione nei relativi statuti regionali. Il Consiglio ecclesiastico non reputa tuttavia praticabile un tale approccio, poiché in questo modo non vengono chiarite diverse questioni relative al margine di manovra delle Comunità o delle regioni ecclesiastiche, creando dunque incertezza giuridica. Poiché la Costituzione attribuisce grande importanza alle regioni ecclesiastiche, per il Consiglio ecclesiastico è importante che il diritto della Chiesa cantonale preveda una solida base giuridica per la futura organizzazione delle regioni ecclesiastiche. Solo se il diritto della Chiesa cantonale delimita chiaramente il quadro e il potere discrezionale delle regioni ecclesiastiche, queste ultime potranno sfruttare negli statuti il proprio margine di manovra, definire i compiti in modo mirato e adempierli adeguatamente.

Il progetto di legge mira a creare il margine di manovra più ampio possibile per le Comunità per quanto riguarda i compiti e la struttura organizzativa delle regioni ecclesiastiche. Solo con una legge è possibile creare certezza giuridica, ad esempio in merito alla possibile natura giuridica delle regioni ecclesiastiche, all'assunzione di collaboratori, alle disposizioni minime negli statuti, alla regolamentazione delle decisioni o in merito all'indennizzo in seno alle regioni ecclesiastiche. Infine, in questo modo è possibile creare la base giuridica necessaria per i sussidi della Chiesa cantonale alle regioni ecclesiastiche.

Gesetz über die Kirchenregionen

vom Evangelischen Grossen Rat gestützt auf Art. 37 Ziff. 2
der landeskirchlichen Verfassung erlassen am XX. XX. XXXX

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

¹ Dieses Gesetz regelt die Aufgaben, Organisation und Finanzierung der Kirchenregionen.

**Geltungs-
bereich**

² Es schafft die Rechtsgrundlagen, damit die Kirchenregionen ihre Aufgaben zweckmässig und gut erfüllen können.

Art. 2

Die Kirchenregionen dienen der regionalen Zusammenarbeit der beteiligten Kirchgemeinden nach Massgabe der Statuten und sind das verbindende Glied zwischen den Kirchgemeinden und der Landeskirche.

Zweck

Art. 3

¹ Die Kirchenregionen können in den Statuten vorsehen, dass sie im Umfang der ihnen übertragenen Aufgaben rechts- und handlungsfähig sind. Sie können Träger von Rechten und Pflichten sein und diese auf dem Rechtsweg einfordern oder durchsetzen.

**Rechtliche
Stellung**

² Sie erlangen die Rechtspersönlichkeit nach Annahme der Statuten durch die zugehörigen Kirchgemeinden und deren Genehmigung durch den Kirchenrat.

II. Aufgaben

Art. 4

Grundsatz

¹ Die Kirchenregionen dienen der wirkungsvollen Erfüllung der ihnen in den Statuten übertragenen Aufgaben der zugehörigen Kirchgemeinden.

² Sie nehmen überdies die ihnen von der Landeskirche in der Verfassung oder einem Gesetz übertragenen Aufgaben wahr.

³ Die Beschlüsse der Kirchenregionen in ihrem Zuständigkeitsbereich sind verbindlich.

Art. 5

Regionale Aufgaben

¹ Den Kirchenregionen können in den Statuten insbesondere folgende Aufgaben übertragen werden

1. Verkündigung und Seelsorge in den überkommunalen bzw. regionalen Institutionen wie Spitälern sowie Alters- und Pflegeheimen;
2. Koordination der Gottesdienste und Kasualien;
3. Koordination der kirchlichen Sozialarbeit bzw. Anbieten von Sozialberatung;
4. Koordination und Verantwortung für den Religionsunterricht an der Volksschule, insbesondere wenn der Unterricht regelmässig von Kindern und Jugendlichen aus mehreren Kirchgemeinden besucht wird;
5. Koordination und Verantwortung für überkommunale Angebote für Gäste;
6. Angebote für Kinder und Jugendliche;
7. diakonische Projekte;
8. Angebote der Erwachsenenbildung;
9. Verwaltungsaufgaben wie Buchhaltung oder Sekretariat;
10. Kommunikation.

Art. 6

Aufgabenübertragung

¹ Die Übertragung von Aufgaben durch die Kirchgemeinden an die Kirchenregion erfolgt mittels Anpassung der Regionalstatuten. Eine Rückübertragung erfolgt nach den gleichen Regeln.

² Die Kirchenregion kann beschliessen, die Erfüllung einzelner regionaler Aufgaben einer Kirchgemeinde zu übertragen. Die Einzelheiten können in einer Vereinbarung geregelt werden.

³ Die Statuten können vorsehen, dass einzelne von den Kirchgemeinden übertragene regionale Aufgaben in zwei oder mehr Teilgebieten erfüllt werden.

Art. 7

¹ Eine Kirchenregion kann die ihr übertragenen Aufgaben zusammen mit einer oder mehreren anderen Kirchenregionen erfüllen.

² Die Einzelheiten werden mittels Vereinbarung geregelt. Dabei ist festzulegen, ob und durch welche Kirchenregion die Aufgabe organisiert wird und wie die Entschädigung erfolgt.

³ Die Kirchenregion kann bei überregionalen Aufgaben die benachbarte Kirchenregion oder einzelne Kirchgemeinden beiziehen oder konsultieren. Die beigezogenen oder konsultierten Kirchenregionen oder Kirchgemeinden haben kein Stimmrecht, sofern ein solches nicht ausdrücklich vereinbart wird.

III. Organisation

Art. 8

¹ Notwendige Organe der Kirchenregion sind:

1. die Regionalversammlung;
2. der Regionalvorstand;
3. das Revisorat.

² Die Statuten können weitere Organe wie beispielsweise eine Konferenz der Kirchgemeindepräsidentinnen oder –präsidenten vorsehen oder der regionalen Pastoralkonferenz weitere Aufgaben zuweisen.

Art. 9

¹ Die Statuten der Kirchenregion regeln die Grundzüge der Zusammenarbeit der zugehörigen Kirchgemeinden.

² Sie enthalten insbesondere Bestimmungen über:

1. die zugehörigen Gemeinden;
2. den Namen der Kirchenregion;
3. die Art und den Umfang der gemeinsamen Aufgaben;
4. die Regionalorgane sowie deren Zusammensetzung und Zuständigkeiten;
5. die Mitwirkungsrechte der zugehörigen Kirchgemeinden und deren Stimmberechtigten;
6. die Finanzierung und die Kostenverteilung;
7. die Haftung der Kirchgemeinden für Verbindlichkeiten der Kirchenregion.

³ Die Annahme der Statuten bedarf der Zustimmung aller zugehörigen Kirchgemeinden. Statutenänderungen in Bezug auf die Aufgaben der Kirchenregion bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der Kirchgemeinden. Für andere Erlasse und Beschlüsse ist die Mehrheit der Stimmenden erforderlich.

Zusammenarbeit mit anderen Kirchenregionen

Organe

Statuten

Beschlussfassung	Art. 10	<p>¹ Für die Organe der Kirchenregion richtet sich die Beschlussfähigkeit nach dem landeskirchlichen Recht, sofern die Statuten keine Regelung vorsehen.</p> <p>² Bei Abstimmungen und Wahlen entscheidet die Mehrheit der Anwesenden. Bei Stimmgleichheit ist bei Abstimmungen die Vorlage abgelehnt, bei Wahlen entscheidet das Los.</p> <p>³ Die Statuten der Kirchenregion können die Stimmkraft der Kirchgemeinden in der Regionalversammlung regeln, sofern diese nicht durch die Grösse der Vertretung sichergestellt ist.</p> <p>⁴ Wird eine Kirchenregion beim Entscheid über eine Frage, welche zwingend einer Regelung bedarf, wiederholt blockiert, so kann sie den Kirchenrat um Unterstützung ersuchen. Ein allfälliger Entscheid des Kirchenrates ist abschliessend.</p>	IV. Finanzierung und personelle Ressourcen	Entschädigung	
	Art. 12	<p>¹ Die Mitglieder der Regionalversammlung und des Regionalvorstandes haben Anspruch auf Taggeld und Spesenentschädigung. Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten.</p> <p>² Die Kirchenregion kann den Mitgliedern des Regionalvorstandes unter Berücksichtigung des Aufwandes zusätzlich eine Pauschalentschädigung ausrichten. Die Pauschalentschädigung steht der Kirchgemeinde zu, wenn die Mitarbeit im Regionalvorstand als Arbeitszeit gilt.</p>			
	Archiv	Art. 11	<p>¹ Jede Kirchenregion führt ein Archiv. Der Regionalvorstand bestimmt die für das Führen des Archivs zuständige Person.</p> <p>² Für die Führung des Archivs finden die für die Landeskirche und die Kirchgemeinde geltenden Bestimmungen sinngemäss Anwendung.</p>	Art. 13	Personelle Ressourcen
		<p>¹ Die Kirchgemeinden stellen der Kirchenregion genügend personelle Ressourcen für regionale Aufgaben zur Verfügung.</p> <p>² Der Kirchenrat kann einer Kirchenregion auf Antrag Stellenprozente zuteilen, welche von dieser auf die Kirchgemeinden verteilt oder selber besetzt werden können. Der Kirchenrat legt die Einzelheiten fest.</p>			
			Art. 14	Finanzierung	
			<p>¹ Die Auslagen der Kirchenregion werden durch die zugehörigen Kirchgemeinden im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl gedeckt, sofern die Statuten generell oder für einzelne Aufgaben nicht einen anderen Kostenverteiler vorsehen.</p> <p>² Die Landeskirche leistet Beiträge an die Kosten der Kirchenregion. Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten.</p>		
			Art. 15	Rechnungslegung und Berichterstattung	
			<p>¹ Die Kirchenregion hat den Kirchgemeinden jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten und ihren Finanzhaushalt Rechnung abzulegen.</p> <p>² Für den Finanzhaushalt und die Rechnungslegung finden die für die Kirchgemeinden geltenden Bestimmungen sinngemäss Anwendung. Der Kirchenrat kann abweichende Regelungen vorsehen.</p>		

V. Aufsicht

Grundsatz

Art. 16

¹ Die Kirchenregionen unterstehen nach Massgabe der Kirchenverfassung der Aufsicht des Kirchenrates.

² Die Statuten und deren Änderungen sowie Änderungen im Bestand bedürfen der Genehmigung durch den Kirchenrat.

Art. 17

Die genehmigte Jahresrechnung der Kirchenregion und der Geschäftsbericht sind dem Kirchenrat einzureichen.

Jahresrechnung und Geschäftsbericht

Art. 18

¹ Ist die Lösung der einer Kirchenregion übertragenen Aufgaben nur möglich, wenn auch Kirchgemeinden mitwirken, die ihr nicht beigetreten sind, so kann der Kirchenrat ihren Beitritt anordnen, sofern zwei Drittel der Kirchgemeinden dieser Kirchenregion bereits angehören.

² Ebenso kann der Kirchenrat die Aufnahme einer Kirchgemeinde anordnen, wenn diese von der Kirchenregion ohne zureichende Gründe abgelehnt wird.

³ Die Kirchenregion und die betroffenen Kirchgemeinden sind vorher anzuhören.

Beitrittsverfügung

VI. Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 19

¹ Die bei der Auflösung der Kolloquien vorhandenen Vermögenswerte und Verpflichtungen gehen von Gesetzes wegen entschädigungslos an die Kirchenregionen über.

² Wenn das Gebiet des bisherigen Kolloquiums nicht deckungsgleich mit jenem der Kirchenregion ist, so erfolgt die Aufteilung im Verhältnis zur Mitgliederzahl.

³ Die Kirchenregionen sind verpflichtet, geeignete Archivräumlichkeiten für die Übernahme der Kolloquialarchive bereitzustellen. Bei der Teilung eines Kolloquiums folgt das Archiv dem grösseren Teil des Gebiets, sofern die Kolloquialversammlung nichts anderes bestimmt.

⁴ Die Kolloquialvorstände sind auch über den Auflösungszeitpunkt der Kolloquien hinaus dafür verantwortlich, dass die Auflösungsarbeiten sorgfältig zu Ende geführt werden. Sie sind berechtigt und verpflichtet, die hierfür notwendigen Rechtshandlungen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben.

⁵ Kommt über die Zuordnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen bzw. die Übernahme des Kolloquialarchivs keine Einigung zustande, entscheidet der Kirchenrat abschliessend.

Art. 20

¹ Folgender landeskirchlicher Erlass wird auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes aufgehoben:

1. Verordnung über die Organisation der Kolloquien vom 3. November 1982 (Nr. 310).

² Änderungen des geltenden Rechts werden im Anhang geregelt.

Art. 21

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Kirchenrat bestimmt das Inkrafttreten.

Übergangsbestimmungen

Aufhebungen und Änderungen des bisherigen Rechts

Referendum und Inkrafttreten

Anhang (Art. 20 Abs. 2)

In folgenden Bestimmungen wird auf den 1. Januar 2021 der Ausdruck:

1. «Kolloquium» durch den Ausdruck «Kirchenregion» (mit der entsprechenden grammatikalischen Anpassung oder Ergänzung) ersetzt:
 - a) Art. 29 Abs. 1 Geschäftsordnung des Evangelischen Grossen Rates (KGS 510);
 - b) Art. 7 Abs. 3 Reglement für die Herausgabe von «reformiert. Bündner Kirchenbote (KGS 515);
 - c) Art. 21, Art. 24 Abs. 1 und 2 Geschäftsordnung des Evangelischen Kirchenrates (KGS 610);
 - d) Art. 5 Abs. 2 Verordnung über die Besoldung der evangelischen Pfarrpersonen im Kanton Graubünden (KGS 811);
 - e) Art. 4, Art. 12 Abs. 1, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2 Abs. 1, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 5 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 6 und 7 Verordnung über die Berechtigung zum pfarramtlichen Dienst in Graubünden (KGS 910);
2. «Kolloquien» durch den Ausdruck «Kirchenregionen» ersetzt:
 - a) Art. 1, Art. 19 Abs. 2 und 3 Geschäftsordnung des Evangelischen Grossen Rates (KGS 510);
 - b) Art. 5 Ziff. 2.3, Art. 10, Art. 19, Art. 21, Art. 22 Geschäftsordnung des Evangelischen Kirchenrates (KGS 610);
 - c) Art. 6, Art. 7, Art. 13 Geschäftsordnung der Landeskirchlichen Rekurskommission (KGS 710);
3. «Kolloquialvorstand» durch den Ausdruck «Regionalvorstand» ersetzt:
 - a) Art. 24 Abs. 1 Geschäftsordnung des Evangelischen Kirchenrates (KGS 610);
4. «Kolloquialversammlung» durch den Ausdruck «Regionalversammlung» ersetzt:
 - a) Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2 Abs. 2 Verordnung über die Berechtigung zum pfarramtlichen Dienst in Graubünden (KGS 910).

